

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Dworak, Adensamer, Cerwenka, Doppler, Findeis, Dipl. Ing. Eig-
ner, Gartner, Erber, Ing. Gratzner, Mag. Fasan, Jahrmann, Mag. Freibauer,
Kadenbach, Friewald, Kautz, Grandl, Kernstock, Hensler, Mag. Leichtfried, Herzig,
Mag. Motz, Mag. Heuras, Prof. Dr. Nasko, Hiller, Razborcan, Hinterholzer, Mag. Ren-
ner, Hintner, Rosenmaier, Ing. Hofbauer, Sacher, Hofmacher, Thumpser, Honeder,
Vladyka, Mag. Karner, Weninger, Dr. Krismer, Lembacher, Maier, Dr. Michalitsch,
Moser, Nowohradsky, Ing. Penz, Mag. Dr. Petrovic, Dr. Prober, Mag. Ram,
Ing. Rennhofer, Mag. Riedl, Rinke, Schittenhelm, Mag. Schneeberger, Dipl. Ing.
Toms, Waldhäusl, Weiderbauer und Mag. Wilfing

zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Landesentwicklungskonzept,
Ltg. Zl. 298

betreffend die drohende Schließung zahlreicher Postämter in Niederösterreich

Die in den letzten Tagen bekannt gewordene Absicht der Post AG - welche zu hun-
dert Prozent im Eigentum des Bundes steht - in Österreich voraussichtlich hunderte
Filialen der derzeit 1640 Postfilialen zu schließen, hat in der Bevölkerung enormen
Unmut ausgelöst, insbesondere auch deshalb, weil die Schließung von 750 Postäm-
tern, davon 230 in Niederösterreich, erst kurz zurückliegt.

Eine Liste der von einer Schließung betroffenen Postfilialen in Niederösterreich wur-
de - anders als in Oberösterreich und Vorarlberg - der Öffentlichkeit bisher nicht zu-
gänglich gemacht.

Die Post AG begründet die Notwendigkeit zur Schließung jeder vierten Filiale in Ös-
terreich mit den Vorgaben durch die Post - Universaldienstverordnung, welche eine
„ausreichende Versorgung“ der Bevölkerung vorschreibt, sowie damit, dass sie als
Kapitalgesellschaft gewinnorientiert arbeiten müsse, und um die Dividendenvorgabe
durch die Bundesregierung zu erfüllen.

Sollten die beschriebenen Pläne tatsächlich umgesetzt werden, würde dies nicht nur
eine weitere Schwächung des ländlichen Raumes in Niederösterreich bedeuten, son-
dern auch die betroffene Bevölkerung vor die Tatsache stellen, dass kilometerlange

Anreisen notwendig würden, die nächstgelegene Postfiliale zu erreichen und viele Postmitarbeiter vom Arbeitsplatzverlust bedroht sein.

Auch die im Zusammenhang mit den Postfilialschließungen bekannt gegebene Absicht, hinkünftig verstärkt mit Post-Partnern zusammenzuarbeiten, erscheint als Ersatz für die bisherigen Leistungen unzureichend, besonders da derzeit lediglich 35 Greißler, kleine Supermärkte oder Bäcker mit der Post AG Verträge abgeschlossen haben und diese auch nur spezielle Postdienste anbieten.

Eine umfassende Versorgung mit Postdienstleistungen muss daher in Zukunft gewährleistet sein.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den

A n t r a g :

Der NÖ Landtag möge beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung gegen die Schließung von Postämtern in Niederösterreich Protest einzulegen und erforderlichenfalls eine Änderung der Post - Universaldienstverordnung zu fordern, damit dadurch auch in Zukunft eine umfassende Versorgung mit Postdienstleistungen gewährleistet wird.